

Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin
Integrationsausschuss

E i n l a d u n g

zur

16. (öffentlichen) Sitzung des Integrationsausschusses

in der VIII. Wahlperiode

Donnerstag, 11.10.2018, 18:00 Uhr

Rathaus Treptow, Kleiner BVV-Saal, Raum 217, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Initiator	Gegenstand der Beratung
1			Tagesordnung und Festlegung der Protokollführung planmäßig: Frau Träsnea, alternativ: Frau Vogt
2			Protokollkontrolle (13. Sitzung [Herr Henkel], 14. Sitzung [Frau Kant], 15. Sitzung [Herr Knack])
3			Bericht des Bezirksamtes
4			Vorstellung Aktion Türöffner
5			Vertagte Drucksachen
5.1	VIII/0527	DIE LINKE, Einz.-BzV (FDP)	Nachhaltiger und integrativer Wohnungsbau
6			Überweisungen aus der BVV am 27.09.2018
6.1	VIII/0554	SPD	Einwerbung von zusätzlichen Mitteln für die Verwaltung und freie Träger
7			Sonstiges

Berlin, den 02.10.2018

Mit freundlichen Grüßen



Christian Kerntopf
Ausschussvorsitzender

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, DIE LINKE, Einz.-BzV (FDP)

TOP: 018 / 14.8**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0527

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
30.08.2018	BVV	BVV/VIII/018	

Nachhaltiger und integrativer Wohnungsbau

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass für den Standort Salvador-Allende-Straße 89-91, 12559 Berlin, anstelle einer Modularen Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) das Angebot der Wohnungsbaugenossenschaft "Amtsfeld" eG angenommen wird, die dort nachhaltigen Wohnungsbau und integrative Wohnformen realisieren und bei entsprechender Förderung einen Teil der neu entstehenden Wohnungen zu günstigen Mieten für Einkommensschwache und Geflüchtete (mit gesichertem Aufenthaltsstatus) zur Verfügung stellen will.

Begründung:

Laut Koalitionsvertrag der Berliner Regierung soll ein Konzept verfolgt werden, mit dem die Unterbringung geflüchteter Menschen kleinteilig und dezentral in Wohnungen gewährleistet wird. Großteilige zentrale Unterbringung in MUFs widerspricht dem.

Das Angebot der Wohnungsbaugenossenschaft "Amtsfeld" eG bietet eine nachhaltige Alternative zu MUFs und würde im weiteren Verlauf auch Unterbringungen im vorhandenen Wohnungsbestand beinhalten. Es wäre ein Beitrag zur Schaffung von regulärem und bezahlbarem Wohnungsbau.

Berlin, den 21.08.2018

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
Philipp Wohlfeil
und
Petra Reichardt

Joachim Schmidt
Ralf Henze

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, SPD

TOP: 019 / 14.6**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0554

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
27.09.2018	BVV	BVV/VIII/019	

Einwerbung von zusätzlichen Mitteln für die Verwaltung und freie Träger

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich verstärkt um die Gewinnung von Drittmitteln für die Verwaltung und freie Träger zu bemühen. Dabei sollte geprüft werden, ob es zielführend ist, zusätzliches Personal dafür zu gewinnen und ob dieses zentral oder dezentral benötigt wird.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden Förderprogramme für die unterschiedlichsten Themen und Ressorts aufgelegt. Dieses betrifft die europäische Ebene genauso wie die Bundes- und Landesebene. Es ist weder von der Verwaltung noch von den freien Trägern im Bezirk zu erwarten, dass all diese Programme bekannt sind.

In den meisten Förderprogrammen gibt es eine Förderquote in Höhe von 50 Prozent der eingesetzten Mittel. Somit können durch die meisten Förderprogramme die eingesetzten Mittel halbiert werden wodurch und ermöglichen die Verwendung der frei werdenden Mittel für andere Schwerpunkte ermöglicht wird.

Die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage VIII/0568 hat ergeben, dass dem Bezirksamt viele Förderprogramme bekannt sind, aber nur wenige genutzt werden (<https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/ka020.asp>).

Ob für diesen Zweck zusätzliches Personal benötigt wird, muss die Verwaltung nach einer Prüfung entscheiden.

Berlin, den 18.09.2018

Vorsitzender der SPD-Fraktion
Alexander Freier-Winterwerb